

Kommentar: Demographischer Wandel als ressortübergreifende Herausforderung

Deutschland kommt in Europa eine Vorreiterrolle in Sachen demographischer Wandel zu, wobei die Bevölkerungsentwicklung innerhalb Deutschlands nicht einheitlich verläuft. So verändern sich nicht nur die Einwohnerzahlen in den Regionen unterschiedlich, sondern die Regionen altern auch in unterschiedlichem Ausmaß: Einige wenige Gegenden beispielsweise – vorwiegend die Boomstädte im Süden – gewinnen sogar an junger Bevölkerung hinzu, während starke Alterung hingegen im Zuge der Abwanderung junger Menschen und geringer Geburtenzahlen insbesondere auf die Neuen Bundesländer zutrifft – mit einer stärkeren Abnahme der Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum. Mit der rückläufigen Zahl der Erwerbsfähigen wird oft die Frage verbunden, ob den betreffenden Regionen künftig die Fachkräfte ausgehen und somit die wirtschaftliche Entwicklung ausgebremst wird. Im Hinblick auf den demographischen Wandel haben frühere Bundesregierungen bereits Maßnahmen im Bereich der Familien- und Rentenpolitik auf den Weg gebracht. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag sowie auf der Klausurtagung in Meseberg Absichten erkennen lassen, das Thema politisch noch umfassender verankern zu wollen. So soll 2011 ein ressortübergreifender Ausschuss über die „demographische Lage und künftige Entwicklung des Landes“ berichten und bis 2012 eine „Demographiestrategie“ entwickelt werden. Details sind noch nicht bekannt, doch nennt der Koalitionsvertrag einige Handlungsfelder, wie z. B. die Verringerung der Abwanderung aus dem ländlichen Raum oder die Fachkräftesicherung in Ostdeutschland.

Ob es allerdings zweckmäßig ist, die Abwanderung aus ländlichen Regionen mit politischen Maßnahmen aufzuhalten, etwa indem Anreize für betriebliche Investitionen im peripheren Raum geschaffen werden, darf bezweifelt werden. Die Menschen wandern vor allem wegen der Aussicht auf höhere Lebensstandards, welche typischerweise aus höherer Wertschöpfung erwachsen. Agglomerationsvorteile in regionalen Zentren sowohl West- als auch Ostdeutschlands spielen dabei eine wichtige Rolle. Diese mit einer umgekehrten Leuchtturmpolitik aushebeln zu wollen, gliche einem Kampf gegen Windmühlen. Ein Leben im Alter im ländlichen Raum kann jedoch durchaus Perspektiven bieten, selbst wenn der Staat hier Infrastrukturinvestitionen zurückfährt. Kleine Siedlungsformen offerieren bessere Möglichkeiten zur Selbstorganisation in sozialen Netzen, sodass ehrenamtliches Engagement an dieser Stelle viel eher zur Geltung kommen kann. Auch bestehen hier Möglichkeiten zur privaten Bereitstellung von Club- bzw. öffentlichen Gütern. Von Fahrten zum Bahnhof mit dem Dorfmobil bis hin zur Bestandssicherung der örtlichen Grundschule ist hier Vieles möglich – und wird teilweise schon heute umgesetzt!

Was benötigt wird, um das Defizit an jungen Arbeitskräften auszugleichen, ist eine Strategie, die bestehende ungenutzte Potenziale aktiviert, bei der auch die Kompetenzen älterer Bürger genutzt werden und die insbesondere die vorhandenen Arbeitskräfte in ihrer Produktivität steigert. Staatliche Anreize zur Verdrängung potenzieller Erwerbspersonen aus dem Arbeitsmarkt sollten künftig passé sein. Stattdessen bedarf es massiver Investitionen in Bildung, von der Schulung der Sprachkompetenzen im Vorschulalter bei Kindern mit Migrationshintergrund bis hin zum Erwerb des Bachelorabschlusses als Normalfall. Man darf dabei durchaus auf (die Adaption von) *Says* Gesetz vertrauen – dass nämlich ein Angebot an gut ausgebildeten Fachkräften auch eine entsprechende Nachfrage schaffen wird, statt lediglich bestehende Strukturen fortzuschreiben. Auch müssen insbesondere die Hochschulen ihre Tore öffnen für akademische Weiterbildungsangebote im Sinne des lebensbegleitenden Lernens. Mit einer höheren technologischen Durchdringung der Arbeitswelt werden körperliche Einschränkungen künftig keine allzu bedeutende Rolle für vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mehr spielen. Vielmehr muss älteren Personen ermöglicht werden, sich weiterhin beruflich zu engagieren. Das Umdenken in den Unternehmen setzt bereits ein, jedoch müssen auch die vom Staat gestalteten Rahmenbedingungen passen. Japan bietet hierfür ein gutes Beispiel. Das Land lebt vor, dass Alterung ein wichtiges Thema für die staatliche Forschungspolitik darstellen kann, sowohl was innovative Konzepte in der Pflege als auch Konzepte zur Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen betrifft – etwa durch altersgerechte Arbeitsorganisation und Job-Rotation sowie Mensch-Maschine-Schnittstellen.

Freilich verursachen derartige Maßnahmen zunächst einmal Kosten. Daher sind politischer Mut und eine Sensibilisierung der Gesellschaft nötig, um die Herausforderungen des demographischen Wandels zu meistern. Ob eine erfolversprechende Demographiewpolitik noch in dieser Legislaturperiode Einzug hält, hängt auch davon ab, inwieweit es gelingt, angesichts drängender tagespolitischer Fragen die langfristige Herausforderung des demographischen Wandels nicht aus dem Auge zu verlieren. Außerdem muss eine Demographiewpolitik von allen Ressorts mitgetragen werden und darf nicht in Grabenkämpfen zwischen den Zuständigkeitsbereichen zerrieben werden.

Alexander Kubis, Lutz Schneider, Marco Sunder